

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10. 30. Jahrg.

9. März 1917.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Stiller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Auguststr. 8-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Neue Steuern — verteuerte Lebenshaltung. Rundschau. Was der Laie nicht versteht. II. Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Zwickau i. S. — **Die Tapetenbranche:** Aus der Tapetenindustrie. — **Feuilleton:** Der Unterschied. — Kassenbericht für das 3. Quartal 1916.

## Neue Steuern — verteuerte Lebenshaltung.

In seiner Rede zum Reichshaushalt, am 27. Februar zitierte der Reichstagsabgeordnete Scheidemann eine Äußerung des Nationalökonom Professor Herkner: »Im Gegensatz zu manchen andern Erwerbsgruppen, die selbst vor einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückgeschreckt sind, hat die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt. Hier war es nicht notwendig, durch gesetzliche Höchstpreise einem Wucher mit der Verwertung der Arbeitskraft entgegen zu arbeiten. Die sozialistische Schulung und Disziplin, welche das Interesse des Ganzen den Sonderinteressen voranzustellen lehrt, haben hier Triumphe gefeiert«. Herkner versteht unter Kampf zweifellos den organisierten Streik. Den hat die Arbeiterschaft allerdings bewußt während des Verteidigungskrieges eingestellt, soweit er zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen sollte. Die Knappheit an brauchbaren männlichen Arbeitskräften gestattet jedem Arbeiter die Möglichkeit seinen Lohn auf die zum Leben notwendige Höhe zu bringen. Wir sagen ausdrücklich, es gestattet ihn. Wohl gibt es fast in allen Betrieben Einzelne die heute noch mit gänzlich unzureichenden Löhnen tätig sind, mit Löhnen die selbst im Frieden als gering galten. Aber zu den vorbildlichen Gewerkschaftsmitgliedern haben wir solche Jämmerlinge nie gerechnet. Heute gehört zu solcher Entsagung schon eine gehörige Portion Feigheit.

Wir haben 2½ Jahre gewartet, daß die Wege gefunden werden sollten, die im Lande vorhandenen Lebensmittel und Bedarfsartikel gerecht und gleichmäßig unter das ganze Volk zu verteilen. Dabei sind die Preise zu kaum faßbarer Höhe gestiegen. Und was schlimmer ist, selbst zu den hohen Verkaufspreisen sind die wichtigsten Waren nicht einmal zu haben. Während einfache Käufer auf ihre Lebensmittelkarten das vorgeschriebene Quantum öfter nicht erhalten, verstehen es zahlungsfähige Personen überall ohne Lebensmittelkarten sich zu mästen, schleppen neuerdings geradezu Karawanen von Hamstern aus den Landorten heimlich und unheimlich die Waren in die Städte in ihre Vorratskammern. Es ist die Lebensmittelrationierung des Scheins, die auf der einen Seite den Produzenten und Mändlern andauernd steigende Preise garantiert und auf der anderen den Reichen die Kriegsentbehrungen erspart. Gegenüber einer solchen völlig unzureichenden Lebensmittelversorgung ist jede Lohnerhöhung wirtschaftlich notwendig und sittlich berechtigt.

Umsomehr, als in den neuen Steuervorlagen den breiten Volksschichten eine neue

Verschlechterung der Lebenshaltung droht. Drei neue Steuerarten sind in der Vorlage der Reichsregierung angekündigt worden: Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer um 20 Proz., die Verkehrssteuer und die Kohlensteuer. Gegen die Kriegsgewinnsteuer gibt es nur einen Einwand, daß sie ebensowenig durchgreifend gedacht ist als die erstmalige, bei der es nicht im entferntesten gelang die ungeheuren Kriegs- und Wudergewinne zu einem nennenswerten Teil dem Reichssäckel zuzuführen. Wem durch Kriegslieferungen oder durch die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise Hunderttausende und Millionen in den Schoß gefallen sind, kann noch weit stärkere Anteile seines Kriegsgewinns abgeben als ihm das Kriegsgewinnsteuergesetz auferlegt. Vor allem erfaßt dieses Gesetz viel zu wenig die beträchtliche Vermögenvermehrung die dem ländlichen Großgrundbesitz durch die riesige Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit des Bodenwertes zufällt. Hoffentlich wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit aller Energie versuchen, diese Steuer noch zu verschärfen und einen Teil ihrer im vorigen Jahr abgelehnten Anträge wieder einbringen.

Auch eine Kohlensteuer wäre wohl denkbar mit der sich die Arbeiter einverstanden erklären könnten, wenn die Sicherheit gegeben wäre, daß sie nicht in irgend einer Form auf die Konsumenten abgewälzt würde. Leßter ist diese Abwälzung in dem Steuereurwurf bereits vorgesehen. Die Preise der Kohlen sind in der Kriegszeit bereits 4 mal gesteigert worden. Linus Scheibe berechnet die Erhöhung der Selbstkosten im Kohlenbergbau seit Kriegsbeginn auf durchschnittlich 1,50 Mk. bis 2,00 Mk. pro Tonne; darin sind auch die Arbeitslöhne enthalten. Nun aber steigerte das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat, das für ganz Deutschland maßgebend ist, schon am Kriegsbeginn die Tonne um 2—3 Mk., am 1. April 1915 wieder um 2 Mk., am 1. September 1915 wieder um 1—2 Mk., am 1. April 1916 um 1 Mk. und am 1. Januar 1917 sogar um 2—3,25 Mk. Seit Kriegsbeginn also eine Steigerung um 30—50 Proz. Scheibe stellt im Vergleich die Gewinne von 17 der größten Bergwerksgesellschaften aus dem Geschäftsjahr 1912/13, dem Jahr der stärksten Hochkonjunktur, und 1915/16 gegenüber. Dabei ergibt sich für das Letztere eine ganz beachtenswerte Steigerung. Das Kriegsjahr übertrifft erheblich das beste Friedensjahr, trotz geringerer Kohlenförderung. Von 1914/15 zu 1915/16 stiegen die Werksüberschüsse: Rohgewinne um 95,1 Proz., Reingewinne um 213 Proz., Dividenden um 101,3 Proz. und sogar Abschreibungen um 32,6 Proz. Dort sind die höheren Preise hingegangen. Bei solchen Gewinnen ließen sich wohl ansehnliche Steuern auf Kohlen erheben, ohne daß die Handelspreise über den jetzigen Stand geschraubt werden brauchten.

In der vorgeschlagenen Form aber wird diese Kohlensteuer die Ärmsten aufs neue belasten und schließlich den Kohlenyndikaten die willkommene Gelegenheit geben, ihre Verkaufspreise über den Wert der Steuer zu er-

höhen. Neue Bereicherung der Unternehmer der Kohlenyndikate, aber neue Belastung des ganzen Volkes und schließlich doch auch der deutschen Volkswirtschaft. Kohlen sind nun einmal ein wichtiger Teil der industriellen Rohstoffe; ihre Verteuerung erschwert die Konkurrenzfähigkeit und erschwert die notwendige Wiedererstarung der deutschen Volkswirtschaft. Es handelt sich auch um keinen kleinen Betrag den die Steuer erbringen soll. Die stärkste Hoffnung der Regierung ist auf diese neue Einnahme gerichtet, denn sie soll jährlich 500 Millionen Mk. einbringen.

Doch die Regierung könnte weit mehr aus dem Kohlenbergbau herausholen, ohne daß die Kohlenpreise in auch nur annähernd gleichem Maße gesteigert zu werden brauchten, wenn sie sich zur Einführung eines staatlichen Kohlenmonopols entschließen könnte; falls ein Produktionsmonopol zur Zeit aus gewissen finanziellen Gründen nicht möglich sein sollte, dann eines Kohlenhandelsmonopols, vielleicht mit ratenweiser Kapitalsablösung. Zur Durchführung eines solchen Monopols bedarf es, da der Kohlenbergbau bereits durch Syndikate völlig monopolisiert ist, keiner umständlichen Verwaltung. Es würde genügen, wenn sich der Staat das Recht des Abbaues der im Privatbesitz befindlichen, noch nicht in Angriff genommenen Kohlenfelder gegen eine mäßige, ratenweise zu entrichtende Abfindungssumme vorbehielt, alle bereits in Betrieb befindlichen Bergwerke aber zu einem oder mehreren Zwangssyndikaten vereinigte, die unter staatlicher Kontrolle ständen und in denen der Staat die entscheidende Stimme bezüglich der Festsetzung der Förderung und der Preise hätte. Diese Syndikate dürften aber nicht mehr ihre geförderte Kohlenmenge selbst vertreiben, sondern müßten sie zu bestimmten Preisen, die den Zedern nur einen mäßigen Gewinn ließen, an staatliche Vertriebsämter oder Handelsgesellschaften abliefern, die dann den weiteren Vertrieb an die Groß- und Kleinconsumenten zu übernehmen hätten. Dem Staate würde auf diese Weise nicht nur ein ansehnlicher Teil des hohen Unternehmergewinns, den heute die Zedernbesitzer einstecken, zufallen, sondern auch des Zwischenhandelsprofites.

Weniger stark in der erhofften Wirkung für die Reichskasse, aber sicher ebenso verbitternd wirkt die geplante Verkehrssteuer. Nach den vorläufigen Mitteilungen wird auf die Fahrpreise der Eisenbahnen in der ersten Wagenklasse ein Zuschlag von 16 Proz., in der zweiten Klasse von 14 Proz., in der dritten von 12 Proz., in der vierten von 10 Proz. verlangt. Außerdem sollen im Güterverkehr die bisherigen Frachtsätze um 7 Proz. erhöht werden. Das Gesetz bedeutet demnach eine höchst beträchtliche Belastung des gesamten Verkehrs. Schon die bestehende Fahrkartensteuer hat eine allgemeine Abwanderung der Eisenbahn Benutzenden in die billigeren Wagenklassen zur Folge gehabt; die neue Verkehrssteuer wird, falls sie im Reichtage zur Annahme gelangt, diese Abwanderung sicherlich noch beschleunigen und damit die von der Regierung erhoffte Wirkung vernichten.

Vom finanziellen Standpunkt wäre es zweifellos viel wichtiger, wenn die erste Wagenklasse ganz abgeschafft oder zum mindesten die Einstellung der Wagen erster Klasse in die Züge noch weiter eingeschränkt würde, da die erste Wagenklasse stetig Zuschüsse erfordert und die Passagiere dieser Klasse teilweise ihre Bequemlichkeiten auf Kosten der Reisenden dritter und vierter Klasse genießen.

Besonders bedenklich ist, daß die Fahrkartenabgabe auf die Straßen- und Kleinbahnen ausgedehnt werden soll und daher auch die Arbeiter und Angestellten trifft, die in den Großstädten und Industriegegenden benötigt sind, regelmäßig diese Bahnen zur Fahrt nach ihrer Arbeitsstelle zu benutzen, umsomehr als die meisten Bahngesellschaften heute ohnehin auf eine Erhöhung der Fahrpreise hinarbeiten und die Einführung der neuen Fahrkartensteuer als eine günstige Gelegenheit zu allgemeinen Tarifierhöhungen betrachtet werden. Die Fahrpreise werden von ihnen nicht nur um den staatlichen Zuschlag, sondern um 20, 25, 30 Prozent erhöht werden.

Diese Steuer wird bei der Arbeiterschaft, wahrscheinlich aber weit darüber hinaus, ebenso verhaßt werden als die Streichholzsteuer. Sie bedeuten gewaltsame Eingriffe, die unsere Lebenshaltung auf längst vergangene Zeiten zurückschrauben. Von dem Streichholz, dem vollkommensten und denkbar einfachsten Feueranzündungsmittel sind wir glücklich wieder zum modernisierten Schlag- und Reibfeuerzeug gekommen. Die Verkehrssteuer führt uns einen ähnlichen Weg in der Kultur zurück. Dieser Weg ist für die Arbeiterschaft ungangbar. Es gibt andere Wege. Die Reichsausgaben müssen gedeckt werden. Wir wehren uns aber mit Recht dagegen, wenn auf die Interessen der Profite schaffenden Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft auch in der Kriegszeit die denkbar liebevollste Rücksicht genommen wird, während man der großen Masse der Nichtbesitzenden immer nur von der Unterordnung unter harte Kriegsnotwendigkeiten predigt.

## Rundschau.

**Die Sommerzeit.** Das im vorigen Jahre zum Zweck der Ersparnis künstlichen Lichtes erstmalig unternommene Experiment der Verschiebung der Tagesstunden wird in diesem Sommer mit einigen Änderungen wiederholt. Nach einer Bekanntmachung des Bundesrates beginnt die diesjährige Sommerzeit am 16. April vormittag 2 Uhr und endet am 17. September vormittag 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren werden zur angegebenen Zeit am 16. April um eine Stunde vorgestellt und am 17. September um eine Stunde zurückgestellt. Am 16. April fällt somit die Stunde von 2 bis 3 Uhr morgens aus, am 17. September erscheint sie doppelt. Die Stunden werden zur Unterscheidung mit 2A und 2B bezeichnet.

**Zur durchgehenden Arbeitszeit.** Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit der Anregung, die übliche Mittagspause bei der Arbeit im Interesse der Licht- und Kohlenersparnis fortfallen zu lassen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, besonders soweit sie noch täglich mehr als 10 Stunden arbeiten, fürchteten mit Recht diese Änderung, die erhöhte Unfallgefahr und vermehrte körperliche Anspannung im Gefolge hätte. Nur bei erheblicher Verkürzung der Arbeitszeit ließe sich eine solche Änderung herbeiführen. Nun geht folgende offizielle Erklärung durch die Tagespresse: »Im Reichsamt des Innern sind zahlreiche Anregungen auf reichsgerichtliche Einführung der »durchgehenden Arbeitszeit« eingegangen. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die Einführung dieser Arbeitszeit zum Zweck der Licht- und Kohlenersparnis in allen Betrieben wo es irgend zugänglich ist, dringend erwünscht ist, und daß auch in zahllosen Betrieben, auch bei Behörden, Gerichten usw. mit der durchgehenden Arbeitszeit außerordentlich günstige Erfahrungen gemacht worden sind. Trotzdem hat die Reichsregierung, wie wir hören, von einer gesetzlichen Regelung der Frage Abstand genommen.«

**Die Arbeitslosigkeit im 4. Vierteljahr 1916.** Die vom Kaiserl. Statistischen Amt soeben veröffentlichte Vierteljahrsstatistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden in den Monaten Oktober, November und Dezember stellt ein weiteres Zurückgehen der Arbeitslosigkeit fest, eine Erscheinung, die für diese Jahreszeit im Frieden nie zu beobachten war. Die Gesamtmitgliederzahl der diesmal an der Berichterstattung beteiligten 39 Verbände belief sich auf 857 430, von denen jedoch nur 804 114 von der Berichterstattung erfaßt wurden. Davon waren an den Stichtagen

der betreffenden Monate arbeitslos 15 820, 13 109 und 12 555 oder pro Hundert berechnet 2,0, 1,7 und 1,6. Mit diesem Satz von 1,6% Arbeitslosen am 20. Dezember 1916 hat die Arbeitslosigkeit seit Beginn des Krieges ihren tiefsten Stand erreicht und man muß bis zum März des Jahres 1912 zurückgehen, um einen ebenso niedrigen Stand zu finden. Seit der Augustpanik nach Ausbruch des Krieges beobachtet man ein nahezu ununterbrochenes Absinken der Arbeitslosigkeit. Damals betrug die Arbeitslosigkeit 22,4 v. H. fiel dann im selben Jahre in den folgenden Monaten auf: September 15,7, Oktober 10,9, November 8,2, Dezember 7,2 v. H. Im März 1915 setzte dann ein rascheres Fallen ein, um nun, seit April 1915, von 2,9 ganz allmählich auf 1,6 v. H. im Dezember 1916 zu sinken.

**Worte und Taten.** In der Kundgebung des Bundes der Landwirte an den Kaiser vom 15. Januar 1917 hieß es: »In heiligem Zorn über unsere Feinde, die Euer Majestät erhabenes Friedensangebot höhnisch zurückwiesen, begeistert für einen Kampf, der alles einsetzt und Deutschlands ganze Kraft entfaltet, sind wir bereit, jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung zu übernehmen, die in einem solchen noch gesteigerten Kampfe für Deutschlands glückliche Zukunft das Vaterland von uns verlangt.« — Die Stadt Mühlhausen, die unter anderem auch vom Kreise Gebweiler mit Kartoffeln versorgt werden soll, leidet seit einiger Zeit sehr unter Kartoffelmangel. Seit kurzem nimmt nun ein Beamter aus Straßburg in den Gemeinden des Oberelsaß Kellerrevisionen vor. In 13 Gemeinden des Kreises Gebweiler wurden allein 10 700 Zentner verheimlichter Kartoffel gefunden. Diese Bestände — 52 1/2 Waggon Kartoffeln — wurden beschlagnahmt und der Stadt Mühlhausen übergeben, deren Kartoffelkalamität damit behoben ist. — In einem Aufruf des Thorer Oberbürgermeisters und des Landrats des Thorer Landkreises an die Geflügelhalter der beiden Thorer Kreise zur Eierlieferung wird bekanntgegeben, daß bei einem Hühnerbestande von 67 000 Stück im Stadt- und Landkreise Thorn im Monat Dezember 1916 nur 2514 Stück Eier an die Sammelstellen zur Ablieferung gekommen sind. Bei dieser geringen Menge konnten nicht einmal den Thorer Kriegslazaretten Eier überliefert werden, auch die Krankenhäuser gingen leer aus.

**Der erste Gang.** Ein von der Front zurückgekehrter Arbeiter schilderte jüngst im »Vorwärts« seine Eindrücke von seiner ersten Arbeitsschicht. Dabei plaudert er auch über die Begrüßung durch seinen alten Vertrauensmann, der freudig erstaunt ist, als er erfährt, daß der eben Zurückgekehrte sogar schon auf dem Verbandsbüro seine Anmeldung besorgt hat. Über diese schlichte Schilderung zeigt sich die »Deutsche Arbeiterzeitung« wenig erbaud, sie hatte sich die Einwirkung des Schützengrabens wohl anders vorgestellt. Verärgert schreibt sie: »Der Agitator im Kriege, es ist ein eigenes Kapitel über das sich manche lustige, aber auch manche recht ernsthafte Betrachtung anstellen läßt. Und ob wirklich die Leute draußen nicht klüger geworden sind? Ob sie im Schützengraben nicht zur Einsicht gekommen sind, daß es nach der Heimkehr Wichtigeres und Nützlicheres zu tun gibt, als sich sofort wieder einer Kampfororganisation anzuschließen, sich dem gewerkschaftlichen Zwange anzuliefern?« — Das möchte wohl den Unternehmern gefallen, während sie die Kriegszeit zu immer engeren Zusammenschlüssen ihrer Verbände benutzen, sollen die Arbeiter ihrer Organisation untreu werden.

**Über 100 Millionen Mark Aktienkapital.** Die Deutsche Bank hat wiederum eine Kapitalerhöhung um 25 Millionen auf 275 Millionen Mark angekündigt, diesmal zum Zweck der Aufnahme des Schlesischen Bankvereins und der Norddeutschen Kreditanstalt. Nach der erfolgten Kapitalerhöhung werden folgende Aktienunternehmungen Deutschlands über ein Aktienkapital von mehr als 100 Millionen Mark verfügen:

	Akt.-Kapital Mill. Mk.
Diskontogesellschaft . . . . .	300
Deutsche Bank . . . . .	275
Friedrich Krupp . . . . .	250
Dresdner Bank . . . . .	200
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Gelsenkirch. Bergwerksgesellschaft	191
Reichsbank . . . . .	188
Hamburg-Amerika-Linie . . . . .	180
Darmstädter Bank . . . . .	180
Dtsch. Lux-Bergwerksgesellschaft . . . . .	160
Norddeutscher Lloyd . . . . .	100
Dtsch. Übersee-Elektr.-Gesellschaft . . . . .	125
Berliner Handelsgesellschaft . . . . .	120
Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Phönix . . . . .	110
Große Berliner Straßenbahn . . . . .	106
Barmer Bankverein . . . . .	100,08
Allg. Schaaffhausener Bankverein . . . . .	100

**Ein interessanter Versuch.** Nach dem letzten schweizerischen Fabrikinspektorenbericht ist in der Nähmaschinenabteilung einer Fabrik mit dem 50-Minutenbetrieb ein interessanter Versuch gemacht worden, und zwar derart, daß nach je 50 Minuten Arbeitszeit eine Pause von zehn Minuten eingeschaltet wurde. Die Arbeiterinnen mußten ihre Arbeitsplätze verlassen und sich im Freien

tummeln. Die Einrichtung wurde von den Arbeiterinnen willkommen geheißen, um so mehr, als es sich herausstellte, daß sie bei dieser Zeiteinteilung mehr verdienten als früher. Natürlich handelt es sich um Stückarbeit. Der Fabrikant konstatierte eine Mehrleistung von durchschnittlich 25 Prozent. — Das wäre bei dem 8stündigen Arbeitstag eine tägliche Verkürzung der Arbeitszeit von rund einer Stunde und doch eine bedeutende Mehrleistung. Wir fürchten nur, daß die Unternehmer lieber auf alle Mehrleistung verzichten, als ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit fallen zu lassen.

**Die stetig zunehmende Kriegsarbeit von Frauen** steigert für sie die Lebensgefahr und für ihre Familien die Aussicht auf den Verlust der Ernährerin im hohem Grade. Das Unternehmertum übernimmt außer der kümmerlichen Lohnzahlung für die Arbeit der Lebenden keinerlei Verpflichtung für die Familie der im Betriebe tödlich Verunglückenden. Es sollte daher jede Frau, die unter den heutigen Verhältnissen in einen Betrieb eintritt, nicht versäumen, für sich ihr Leben bei der Volksfürsorge zu versichern, um ihre Lieben beim Eintritt eines Unglücks vor der größten Not im ersten Augenblick zu sichern. So handelte die 26-jährige G. W., die bei der Leipziger Straßenbahn als Führerin eintrat. Sie versicherte am 15. März 1916 nach Tarif II bei einer Halbmögensprämie von 1 Mk. eine spätestens nach 15 Jahren fällige Versicherungssumme von 290 Mk. Schon am 24. Januar 1917 verunglückte sie beim Rangieren. Infolge Lungenquetschung und Gehirnerschütterung trat sofort der Tod ein. Da die Volksfürsorge bei Unfällen schon vor Ablauf des ersten Versicherungsjahrs die volle Versicherungssumme auszahlt, erhielten die Angehörigen der so jäh aus dem Leben gerissenen Arbeiterin alsbald 287 Mk. ausgezahlt. An Prämien waren 21 Mk. eingezahlt worden.

**Auch nach dem Kriege Lebensmittelknappheit.** Unterstaatssekretär Michaelis, der Leiter der Reichsgetreidestelle wartet in den amtlichen »Deutschen Kriegsnachrichten« davor, mit der Wiederkehr des Friedens auf eine baldige Beseitigung aller Warenknappheit zu hoffen. Wir lesen dort: »Wir werden damit rechnen müssen, daß wir für eine geraume Zeit, vielleicht für mehrere Jahre, mit einer weiteren Beschränkung des Verbrauchs und einer Rationierung der wichtigsten Lebensmittel uns abfinden müssen. Deutschland wird auch in den kommenden Friedensjahren zunächst fast ganz ausschließlich auf das angewiesen sein, was in seinen eigenen Grenzen an Lebensmitteln hergestellt wird. Hieran werden in erster Linie unsere Handels- und Verhältnisse schuld sein. Der Schiffsraum zur Einfuhr ausländischen Getreides wird außerordentlich knapp sein und wird für den Import anderer nützlicher Rohstoffe in Anspruch genommen werden. Die Verschlechterung unserer Valuta wird uns nötigen, so wenig wie möglich aus dem Auslande zu importieren und das ganze Streben darauf zu richten, die Ausfuhr zu steigern. Dabei ist noch nicht in Rechnung gezogen, inwieweit durch unfreundliche Zusammenschlüsse unserer Feinde auch über die Kriegszeit hinaus Schädigungen unseres Grenzverkehrs eintreten. — Deutschland ist schon unter normalen Verhältnissen nicht in der Lage, das nötige Brot- und Futtermittel selbst zu produzieren. Die Ernte kann schon bei vollem Ergebnis nur dann reichen, wenn rationiert wird. Nun ist aber durch die gegenwärtige Kriegswirtschaft die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nicht unerheblich verringert. Es ist zwar dankenswerterweise geschehen, was geschehen konnte. Die Zurückgebliebenen haben mit Aufbietung aller Kräfte gearbeitet; aber die Einschränkung der Zahl der Landarbeiter, insbesondere der eigenen Wirtschaftler, die Beschränkung in der Belieferung mit künstlichem Dünger, die Behinderung der landwirtschaftlichen Maschinen wegen Störung der Kohlentransporte usw. haben doch eine derartig hemmende Wirkung auf die Produktion ausgeübt, daß wir mit vollen Ernten — selbst bei durchweg günstigem Wetter — nur nach Ablauf mehrerer Karenzjahre werden zu rechnen haben. —«

## Was der Laie nicht versteht.

II.  
Der Laie fühlt, wie gesagt, seine Unzuständigkeit auf den Gebieten, in denen ihm die Sachkenntnis abgeht. Dieses Gefühl macht ihn bescheiden und veranlaßt ihn, den auf den Einzelgebieten zuständigen Fachautoritäten unbedingtes Vertrauen entgegen zu bringen. Das Spezialistentum ist ja in Deutschland hoch entwickelt und für jedes Gebiet gibt es zahlreiche Bücher, darunter viele von abgrundtiefer Gelehrsamkeit. Auch die agrarische Fachliteratur ist sehr umfangreich und zeigt unumstößliche Theorien und glänzende Namen auf. Aber jetzt, im Ernstfall, haben wir nicht satt zu essen. Und wenn vor noch nicht langer Zeit agrarische Autoritäten öffentlich die Versicherung abgaben, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren, so steht diese Behauptung mit allen Erfahrungen des Krieges im Widerspruch. Als einer der bleibenden Eindrücke dieser Kriegszeit wird sich die Erinnerung im Volke erhalten, daß unsere landwirtschaftliche Statistik zu einer Zeit, in der sie in der Erscheinungen Chaos der ruhende Pol sein mußte, ihre absolute Wahr-

zuverlässigkeit erwiesen hat. Wir, die wir trotz aller Feindschaft unserer näheren Umgebung in der Welt doch als ein Volk von Denkern und Wissenschaftlern gelten, wissen nicht einmal, wieviel Kartoffeln wir im Lande haben. Trotzdem das doch eine der geklärtesten Fragen sein sollte, wenn man erwägt, daß die Volksernährung immerhin eine der fundamentalen Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit und für die Verteidigung des Volkes gegen Angriffe von außen her ist. Nach allgemeinem Laienurteil sind für derartige Fragen die landwirtschaftlichen Ministerien zuständig und nicht gering mag die Zahl der Laien sein, die nicht nur die Zuständigkeit, sondern auch die Verantwortlichkeit voraussetzen. Aber auch mit Beihilfe derjenigen Behörden, die der Krieg auf den verschiedenartigsten wirtschaftlichen Gebieten, besonders auch auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft, hat entstehen lassen, ist es nicht gelungen, mit einwandfreier Sicherheit festzustellen, wieviel Kartoffeln wir im Lande haben. Das ist etwas, das der Laie nicht versteht.

Als 1915 von der Regierung eine Kartoffelstatistik veranstaltet wurde, kam ein Ergebnis zustande, das starke Befürchtungen hervor rief. Die Besorgnis, daß die vorhandenen Kartoffeln für die menschliche Ernährung nicht ausreichten, führte zu der tragikomischen Massenabschlachtung der Schweine. Hinterher, als die fortschreitende Zeit an die Verderblichkeit des Objektes mahnte, kamen die der Statistik hinterzogenen Kartoffelbestände zum Vorschein und es wurde von Leuten, die es wissen konnten, behauptet, daß die Kartoffeln dann in großen Mengen zu Schleuderpreisen an die Spiritus- und Stärkefabriken verramschl wurden, damit sie durch den drohenden Fäulnisprozeß nicht völlig entwertet wurden.

Der Bauer steht in diesem Kriege gewiß auf einem ebenso wichtigen Posten, wie jeder andere, der in der Zeit dieser Not seinen Platz im Beruf ausfüllt. In den Daseinsbedingungen der Menschheit ist der Beruf des Landmanns der ursprünglichste und notwendigste. Aber wenn man in diesem elementaren Sinne vom Landmann spricht, dann meint man nicht den modernen Agrarier, der nach der Schulung des Bundes der Landwirte in Preispolitik macht. Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!

Die Kartoffelmiete ist eine Einrichtung, deren Notwendigkeit auch der laienhafteste Städter einseht. Aber die Kartoffelmiete, von der der Bauer nicht weiß, wieviel Kartoffeln sie enthält, die keiner nachforschenden Behörde zugänglich ist und von der in dieser Kriegszeit in auffälliger Hartnäckigkeit und Wiederholung behauptet wird, daß sie nicht geöffnet werden darf, das ist etwas, das der Laie nicht versteht.

Es gibt sehr viele Fragen, in denen der gesunde Menschenverstand des Laien, unbeeinflusst durch Ständes- und Klassenrücksichten, der Wahrheit näher kommt, als das Urteil des Fachmanns, das oft genug aus spekulativen Gründen zu einem bestimmten Ergebnis kommen muß.

Bei starkem Frost oder bei dem Vorhandensein sonst stichhaltiger Gründe darf die Kartoffelmiete natürlich nicht geöffnet werden. Aber es hat sich in weiten Laienkreisen doch die Meinung festgesetzt, daß die Kartoffelmiete nicht allein auf die Einflüsse der Witterung reagiert, sondern daß in weit stärkerem Maße noch die Preisbewegung einwirkt auf die Bereitwilligkeit, die Kartoffelmiete zu öffnen oder verschlossen zu halten.

Solcher Mieten gibt es im übertragenen Sinne noch auf sehr vielen anderen Gebieten, trotz Rationierung und staatlicher Kriegswirtschaft und Kriegsernährungsamt. Und mit diesem Mietensystem wird viel Geld verdient. Von seiten der Regierung ist erklärt worden, daß der Prozeß der Kapitalbildung auch während des Krieges nicht unterbrochen werden darf. Nun bleiben ja die meisten Menschen in der Frage der Kapitalbildung zeitlichen Laien, aber die durch die Kriegskonjunktur begünstigten Zeitgenossen haben sich beeilt, sich diese Directive zum Leitmotiv zu machen. Das Vermögen konzentriert sich, während die Masse des Volkes am Kriege verarmt. Es wurden und werden Riesengewinne erzielt, auch an Nahrungsmitteln, während die städtische Bevölkerung für eine unzureichende Ernährung die schwersten Opfer bringen muß.

Wenn irgend eine zukünftige Notwendigkeit erwiesen worden ist, so ist es die, daß unsere Ernährungswirtschaft nach anderen Gesichtspunkten geleitet werden muß, als bisher. Hier muß zu allererst mit der Neuorientierung angefangen werden. Agrarpolitik, nicht Agrarierpolitik, Gemeinwirtschaft, nicht Interessentenwirtschaft, das ist die Forderung der Zukunft.

### Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte.

Viel weniger als die Gewährung von Zusatzrenten an die Hinterbliebenen von Kriegsefallenen ist die Gewährung solcher Renten an die Kriegsbeschädigten bekannt. Sie können zum Ausgleich von Härten bei der Versorgung gewährt werden. Nach der Praxis der Kriegsministerien werden sie unter der Voraussetzung gegeben, daß die Kriegsbeschädigung eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit um mehr als ein Drittel bewirkt hat, und das gegenwärtige Einkommen mindestens um ein

Viertel geringer ist als das Arbeitseinkommen vor dem Kriege war, oder den Betrag von 500 Mk. nicht übersteigt. Vorbedingung ist jedoch weiter, daß diese Minderung des Einkommens nicht auf das Verschulden des Beschädigten zurückzuführen ist. Als Einkommen gelten auch die Bezüge aus der Militärversorgung, doch ausschließlich der Verstümmelungszulage. Die Zuwendung beträgt 30 v. H. des Schadens, doch wird ein 3000 Mk. übersteigender Schaden nicht angedreht. Auf die Zuwendung werden auch alle Bezüge aus der Arbeitsversicherung und sonstigen öffentlichen Kassen angedreht, mit ihr darf sich kein höheres Einkommen als drei Viertel des früheren Einkommens ergeben. An zwei Beispielen sei die Sachlage klargestellt.

1. Dreher, Landsturmmann, Verlust des rechten Beines, Erwerbsbeeinträchtigung von 75 Prozent.  
Arbeitseinkommen vor dem Kriege 2500 Mk.  
Jetziges Einkommen . . . . . 800 „  
dazu Rente 405 Mk. und 180 Mk.  
Kriegszulage . . . . . 585 „

Gesamteinkommen 1385 Mk.  
Bleibt Schaden von . . . . . 1115 Mk.  
Zusatzrente 30 v. H. dieser Summe 372 Mk.

Angerechnet wird hierauf die monatliche Invalidenrente, die der Kriegsbeschädigte bezieht; die Verstümmelungszulage, die in dem angenehmen Falle gewährt wird, bleibt außer Betracht.

2. Tischler, Wehrmann, inneres Leiden, Beschränkung der Erwerbsfähigkeit um 40 Prozent.  
Arbeitseinkommen vor dem Kriege 1750 Mk.  
Jetziges Arbeitseinkommen . . . . . 1200 Mk.  
dazu Rente 216 Mk. und 180 Mk.  
Kriegszulage . . . . . 396 „

Gesamteinkommen 1596 Mk.  
Bleibt Schaden von . . . . . 154 Mk.  
Eine Zusatzrente wird nicht gewährt, weil das Einkommen drei Viertel des früheren Arbeitseinkommens erreicht.

Die Zusatzrenten werden immer nur auf ein Jahr gewährt; sie sind vom Beschädigten beim zuständigen Bezirksfeldwebel zu beantragen. Die Entscheidung auf solche Anträge erfolgt zur Zeit noch vom Kriegsministerium. In zahlreichen Fällen, in denen ein Antrag zweifellos Erfolg haben würde, ist er bisher nicht gestellt worden, weil die dazu Berechtigten keine Kenntnis von der Zulage hatten.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Ortsberichte.

**Zwickau i. S.** Es ist wohl schon ein Jahr verflossen, daß die hiesige Zahlstelle den letzten Bericht in der »Graph. Presse« veröffentlichte. Die Schuld an diesem langen Schweigen ist nicht etwa Stoffmangel, denn Stoff hat selbst die aller kleinste Zahlstelle, soweit nur der Verfasser des Berichts den guten Willen und etwas freie Zeit hat. Aber der tatsächliche Mangel an Zeit ist es, da fast die gesamten Geschäfte der Zahlstelle nur von dem derzeitigen Vorsitzenden erledigt werden. Die verschiedenen Versammlungen, die zu besuchen Ehrensache eines jeden denkenden Arbeiters ist, die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den im Felde stehenden Kollegen, Beteiligung an sonstigen für die Allgemeinheit nützlichen Arbeiten usw., nimmt die kurze Zeit nach Feierabend fast jeden Tag in Anspruch. Trotz alledem muß nun aber auch einmal soviel frei Zeit erübrigt werden, um in der »Graph. Presse« einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der hiesigen Zahlstelle im verflossenen Jahr zu veröffentlichen. Als die Zahlstelle im Januar 1916 ihre erste Monatsversammlung abhielt, an Stelle der in normalen Zeiten üblichen Generalversammlung gab der Vorsitzende dem Wunsche Ausdruck, daß das Jahr 1916 uns endlich den von allen langersehten Frieden bringen möge. Leider ist dieser nur all zu sehr berechtigte Wunsch nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, beim Schreiben dieses Berichtes hat der Krieg noch verschärfte Formen angenommen wie bisher. Wird das Jahr 1917 infolge dieser Verschärfung uns dem Frieden näher bringen? Trotz dieses unseligen Zustandes glaubt auch die Zahlstelle Zwickau ihre Pflicht und Schuldigkeit im verflossenen Geschäftsjahr getan zu haben. Leider brachte uns das abgelaufene Geschäftsjahr auch den Verlust der braven Kollegen und Mitglieder P. Tittmann, A. Fischer und H. Butge. Sie mußten in Erfüllung ihrer militärischen Pflicht ihr Leben lassen. Das Andenken dieser wackeren Mitglieder wird in der Zahlstelle stets in Ehren gehalten werden. Abgehalten wurden elf Monatsversammlungen, welche ziemlich gut besucht waren, wie das überhaupt festzustellen ist, daß der gewerkschaftliche Geist trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage, oder vielleicht infolge dieser, ein guter zu nennen ist. Jeder ist sich des Ernstes der Situation bewußt und nicht als letztes Zeichen dieses Bewußtseins ist die geübte Opferwilligkeit zu nennen. Während wir Ende März 1916 unseren Kriegerfrauen eine kleine Mietsunterstützung zuwenden konnten, haben wir der Frau unseres am 5. April 1916 gefallenen Kollegen P. Tittmann Ende April eine

Unterstützung von 30 Mk., die zum größten Teil durch freiwillige Beiträge aufgebracht war, übergeben. Weihnachts 1916 haben wir ebenfalls für Unterstützungen und Liebesgaben 60 Mk. aufgebracht. Trotz der Kleinheit der hiesigen Zahlstelle wohl der beste Beweis, daß auch der Krieg mit seinen unheilvollen Begleiterscheinungen nicht im Stande war, das altbewährte Solidaritätsgefühl zu verringern oder ganz zum Verlöschen zu bringen. Der Mitgliederbestand war nur geringen Schwankungen unterworfen; während am 2. Januar 1916 ein Bestand von 16 Mitgliedern zu verzeichnen war, hatten wir am 31. Dezember desselben Jahres 15 Mitglieder. Die Arbeitsmöglichkeit im Bereich der hiesigen Mitgliedschaft, speziell Zwickau, ist als ziemlich gut zu bezeichnen, da Arbeitslosigkeit so gut wie gar nicht vorhanden war. Die Verbindung mit den Kollegen im Felde wird durch allmonatlichen Versand der »Graph. Presse« sowie überhaupt durch schriftlichen Verkehr aufrecht erhalten. Leider verabsäumen es manchmal die beim Militär befindlichen Kollegen Adressenänderungen rechtzeitig anzugeben, sodaß schon mancher Brief und manche Sendung »Graphische Pressen« als unbestellbar an den Absender zurückkamen. Hoffen wir, daß es bald nicht mehr nötig sein wird, unser Verbandsorgan ins Feld zu senden und daß es statt dessen allen im Felde befindlichen Kollegen vergönnt sein möge die »Graph. Presse« unter besseren Verhältnissen, daheim zu lesen; wieder mit den in der Heimat befindlichen Kollegen sich in solidarischem Pflichtbewußtsein zu betätigen, in kulturbringender und kulturfördernder Arbeit. Sich zusammen zu schließen, nicht nur als Menschen und Kollegen sondern auch als Streiter im Wirtschaftskampfe, um einen festen unerschütterlichen Wall zu bilden für die Kämpfe, die uns nach dem Kriege bevorstehen werden. Die im Jahre 1917 abgehaltene Versammlung bestätigte unter Worten des Dankes für die geleistete Arbeit die alten Funktionäre in ihren Ämtern, welche sich auch bereit erklärten während der Kriegsdauer ihr möglichstes zu tun, um die Interessen des Verbandes hochzuhalten und damit auch die Interessen der einzelnen Kollegen und Mitglieder.

## Die Tapetenbranche.

### Aus der Tapetenindustrie.

Das Bestreben, deutsche Waren vom Weltmarkt zu verdrängen, hat in der Kriegszeit auch zu dem Versuch geführt, der aus Deutschland ausgeführten Tapete das Absatzgebiet zu entreißen. Da aber deutsche Muster bereits weite Anerkennung gefunden hatten und verschiedentlich im Auslande begehrt waren, verfiel man auf die Idee, diese Muster nachzuahmen und als deutsche zu verkaufen. Damit mag besonders in der Kriegszeit manches Geschäft gemacht worden sein. Erleidet wurde diese Konkurrenz durch den Umstand, daß Walzen aus Deutschland früher alljährlich ausrangiert wurden, die dann billig von Ausland aufgekauft wurden. Mit diesem Material war es leicht, sogenannte deutsche Tapeten herzustellen und in den Handel zu bringen. Wie »Die Tapete« berichtet, soll das in Zukunft anders werden. Ein Ausfuhrverbot für Tapetenwalzen, die deutschen Ursprungs sind, soll unmittelbar bevorstehen.

Die Tapetenfabrikanten und Händler hielten kürzlich in Berlin eine gemeinsame Sitzung ab. Die Differenzen zwischen beiden Parteien scheinen beseitigt zu sein. Nach langen Auseinandersetzungen wurde eine Preiserhöhung beschlossen, die je nach Qualität 8 bis 20 Prozent betragen soll. Doch soll diese Erhöhung nur zum Teil auf die Konsumenten abgewälzt werden. Der Preisaufschlag der Fabrikanten sollte sofort, der der Händler in der zweiten Hälfte des März in Kraft treten. Wie dabei berichtet wird, hat sich die Geschäftslage im Tapeten-gewerbe in letzter Zeit günstiger gestaltet als man erwartet hatte. Namentlich nach guten Qualitäten besteht Nachfrage, während die billigeren vernachlässigt sind.

## Feuilleton.

### Der Unterschied.

Zu einem tapfern Prinzen kam  
Ein altes Weib, ihr Söhnlein loszubitten,  
Das man zum Landrekruten nahm.  
Und als der Prinz sich lang gestritten,  
Spricht er: »Nun geht! Soldaten braucht der Staat.  
Frau, dünkt Euch ein Soldat so wenig?  
Ich bin ein Prinz, mein Bruder ist ein König,  
Und er und ich, wir beide sind Soldat!«  
»Das glaube ich«, spricht das Weib,  
»Sie lernten auch nichts weiter,  
Mein Gürgel aber ist ein Schneider. Fr. Kind.

